

Der Begriff Suffizienz steht für das Bemühen um einen möglichst geringen Rohstoff- und Energieverbrauch. Suffizienz im Sinn von Beschränkung ist eine Strategie, den ökologischen Fussabdruck pro Person zu reduzieren. Eine der wichtigsten Einflussgrössen im Bereich der Suffizienz ist der Wohnflächenverbrauch pro Person. In Basel stieg die durchschnittliche Wohnfläche pro Person von 1980 mit 36 m² auf derzeit ca. 42 m².

Grosszügige Wohnungen mit viel Fläche werden als ein wichtiges Verkaufsargument betrachtet. Unterstützt wird der wachsende Wohnflächenverbrauch aber auch durch eine immer kleinere Belegungsdichte: Während früher die Faustregel "eine Person pro Zimmer" zutraf, ist heute eine deutlich geringere Belegung die Regel.

Dem entgegen steht die Aussage aus der Nachanalyse zur kantonalen Abstimmung bezüglich Stadtentwicklung Ost, in welcher die gfs.bern auf Seite 3 schreibt "Mehrheiten würden zugunsten von Grünflächen auf Wohnfläche verzichten und wünschen sich einen Blick ins Grüne." Gemäss Analyse finden sich Mehrheiten, die sich vorstellen können, zu Gunsten des Erhalts von Grünflächen auf Wohnfläche zu verzichten.

Im Auftrag des Bundesrats hat eine Arbeitsgruppe den Bericht "Wohnungspolitische Dialog Bund, Kantone und Städte" (2. Dezember 2014) verfasst. Darin enthalten sind Empfehlungen, die unbedingt zu prüfen sind.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat, folgende Fragen und Anliegen zu prüfen und dazu zu berichten:

- Wie stellt sich der Regierungsrat zum Ansatz der Suffizienz im Bereich des Wohnflächenverbrauchs?
- Welche Anreize möglich sind, um den aktuell sehr hohen durchschnittlichen Flächenverbrauch für Wohnzwecke zu senken.
- Inwieweit, wie von der Arbeitsgruppe des Bundes angeregt, in der Nutzungsplanung für geeignete Perimeter eine Mindestausnutzung vorgegeben werden könnte, welche nicht nur bei Neubauten, sondern auch bei Erneuerungen bzw. Ersatzneubauten einzuhalten ist.
- Wie das Wohnen in Verdichtungsgebieten für breite Bevölkerungskreise attraktiv gemacht werden kann, z.B. indem Investoren und Planungsfachleute, Gebäudekonzepte und Raumprogramme entwickeln, die den vielschichtigen Wohnbedürfnissen gerecht werden.
- Ob in Verdichtungsgebieten, wie vom Bundesamt für Wohnungswesen angeregt, die Ausrichtung von Subjekthilfen und / oder bei Aufzonungen die Festlegung eines Mindestanteils von preisgünstigen Wohnungen verhindern kann, dass durch Verdichtung einkommensschwache Bevölkerungsteile verdrängt werden. Und in der Folge auch unerwünschte Veränderungen der Quartierstrukturen vermieden werden können, weshalb entsprechende Bestrebungen häufig auf Ablehnung stossen.
- Welche Unterstützungsmassnahmen kommunikativer, organisatorischer oder finanzieller Art ergriffen werden können, um vorwiegend älteren Personen, denen eine zu grosse Wohnung oder ein Einfamilienhaus zur Last wird, den Umzug in kleinere Wohnungen zu erleichtern und attraktiv zu machen? Gleichzeitig besteht mit diesen Wohnungen grosses Potenzial für eine effizientere Flächennutzung.

Thomas Grossenbacher, Mirjam Ballmer, Anita Lachenmeier-Thüring, Heidi Mück, René Brigger, Patrizia Bernasconi, Urs Müller-Walz, Martin Lüchinger, Michael Wüthrich, Aeneas Wanner